

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags von 10 bis 11 Uhr. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 3,00 M., im voraus zahlbar, von der Expedition 3,50 M. Für die Postbezugsnehmer sind die Postabgaben beizufügen. In der Reichweite des Postverkehrs für Deutschland und Österreich 1,50 M., für das übrige Ausland 2,50 M., wofür die Postabgaben beizufügen sind. Preis für Deutschland und Österreich 30,- M., für das übrige Ausland 40,- M. Expedition und Verlag: Berlin E. T. Weitz Straße 5/6.

Die abgegriffenen Kassenhefte über deren Raum kostet 4,- M., einschließlich Erwerbsausweis. Kleine Anzeigen: Das fertige Heft kostet 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Laufende Anzeigen und Bestell-Befehle 3,20 M. netto pro Zeile. Druck-Drucke in Wort-Anzeigen das fertige Heft 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Druck-Drucke: Zentrum 2030, 2045, 4515, 4603, 4635, 4645, 4622.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Im Zeichen des Wiederaufbaues

Die neuen Korruptionsfälle im Ernährungsministerium

Die bürgerlichen Parteien haben sich im Reichstage während der Ernährungsdebatten bitterlich darüber beschwert, daß die Angriffe gegen ihren Schützling Hermes kein Ende nehmen wollen. Daß dafür nicht die Angreifer, sondern die Zustände im Ernährungsministerium verantwortlich sind, wollen oder vermögen die Herren nicht zu sehen.

Die „Sozialistische Korrespondenz“ des Herrn Heilmann hat nun vor einigen Tagen neue Mitteilungen über Korruptionsfälle im Ernährungsministerium veröffentlicht. Sie behauptete u. a., daß ein Regierungsrat Dr. F ü r s t von der Einfuhrabteilung sich habe Provisionen und Vorteile aller Art zuwenden lassen und wahnsinnig hohe Ansprüche bei der Erteilung von Einfuhrgenehmigungen gestellt habe. Ferner, daß der ehemalige Geschäftsführer der Reichsfleischstelle, ein Herr S c h w o o n eine Gesellschaft Allnari-Hamburg auffällig bevorzugt habe, weil er an ihr interessiert gewesen sei und ihr eine Provision von 34 Millionen Mark zugeschanzt habe. Ein Stadtrat G r ü h n e r, der Schwoon deswegen angegriffen habe, sei sofort entlassen worden.

Herr Hermes hat in einer langen Berichtigung diese Mitteilungen bestritten. Die Reichsfleischstelle habe niemals eine Provision an die Firma Allnari gezahlt. Zu der Behauptung aber, daß Schwoon jetzt Direktor bei Allnari geworden ist, äußert sich Herr Hermes bezeichnenderweise nicht. Er bestritt dagegen, daß Stadtrat Grühner wegen seiner Angriffe gegen Schwoon sofort entlassen worden sei, im Gegenteil, es sei ihm ordnungsgemäß aus sachlichen Gründen gekündigt worden und er sei vorher freiwillig ausgeschieden. Demgegenüber behauptet die „S. A.“, der „freiwillige“ Abgang des Stadtrats Grühner stelle sich so dar, daß Grühner vor die Wahl gestellt worden sei, sofort den Dienst zu verlassen oder h i n a u s g e w o r f e n zu werden. Schließlich kündigt Herr Hermes an, daß er wegen des Artikels Strafantrag gestellt habe.

Uns interessiert in erster Linie der Fall F ü r s t. Herr Hermes behauptet, so lange Fürst im Ministerium tätig gewesen sei — also bis 30. September 1920 —, sei „nichts zutage getreten, was die Annahme einer pflichtwidrigen Handlungsweise, insbesondere einer unzulässigen Begünstigung von Einfuhrinteressenten aus eigenmächtigen Beweggründen hätte rechtfertigen können. Erst nach seinem Ausscheiden abrichtigte Uebertritt in die Privatindustrie mit Maßnahmen im Zusammenhang stände, die er während seiner dienstlichen Tätigkeit als Beamter getroffen hätte, da er insbesondere seinen dienstlichen Verkehr mit Einfuhrfirmen dazu benutzte, um mit diesen Firmen wegen seiner Uebernahme in ihre Dienste zu verhandeln. Auf Grund dieser Gerüchte hat das Landespolizeiamt Ende Oktober 1920 ein Ermittlungsverfahren gegen den Regierungsrat a. D. Fürst eingeleitet, das zurzeit noch schwebt und dessen Ausgang noch abzuwarten sein wird. Nach dem bisherigen Ergebnisse der Ermittlungen sind Beweise für das Vorliegen einer strafbaren Handlung nicht beigebracht.“

Die Mitteilung des Herrn Hermes, daß erst nach dem Ausscheiden von Fürst aus dem Amt Anschuldigungen gegen ihn erhoben worden sind, ist unrichtig. Bereits am 9. Juli 1920 hat der Betriebsrat der Reichsstelle für Speisefette, Geschäftsabteilung G. m. b. H. an das R. E. L. ein ausführliches Schreiben gesandt, aus dem wir folgende Stellen hervorheben:

„Der Betriebsrat hat nach Einsichtnahme in die Korrespondenz der Abteilung Einfuhr „Schmalz“ die Wahrnehmung machen müssen, daß seit gewisser Zeit die Tätigkeit der Reichsstelle für Speisefette bei Erteilung von Einfuhrgenehmigungen von unbekannter Stelle angehalten wird.“

„Aus diesem Schriftwechsel geht klar hervor, daß eine Stelle existieren muß, die ohne Wissen der hiesigen Reichsstelle Einfuhrgenehmigungen für besonders bevorzugte Firmen erteilt hat. Dies geht auch aus dem Absatz 2 des Schreibens der Firma Gebrüder Peters an die Reichsstelle für Speisefette vom 2. 7. 1920 hervor, wo es wie folgt heißt:

„Eine Firma, welche fast stets Margarine am Lager hat, und welche wir bezüglich des einzuschlagenden Weges fragten, antwortete uns fittgemäß höflich: „Sie erhalten Margarine, wenn wir (die Bevorzugten waren gemeint) gute Geschäfte gemacht haben, und wenn sie alle Margarine erhalten, dann bekommen Sie auch Margarine.“

„Es ist der hiesigen Dienststelle durch holländische Firmen bekannt geworden, daß Einfuhrgenehmigungen zum Preise von fl. 1000,- pro Waggon erhältlich gewesen seien . . .“

Es dürfte von Interesse sein, darauf hinzuweisen, daß gerade zu dieser Zeit durch Verfügung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 15. Juni 1920 — unterzeichnet von Herrn Regierungsrat Fürst — der Firma Heinrich Wertheimer, Berlin W. 50, die Einfuhr für 51 Waggons Schweineschmalz und durch Verfügung vom 22. Juni 1920 des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft (gez. Dr. Huber) (der jetzige Staatssekretär im Reichsernährungsministerium und Intimus des Herrn Hermes, Red. d. F.) der Firma Wilhelm Wiggand u. Co. in Frankfurt a. Main-Süd die Einfuhr von 60 Waggons Schweineschmalz und 10 Waggons Speck genehmigt wurden, und daß die hiesige Geschäftsstelle erst durch Mitteilung der bereits erteilten Genehmigungen vor die vollendete Tatsache gestellt worden ist . . .“

Danach ist bereits drei Monate vor dem Ausscheiden des Herrn Fürst der Ernährungsminister auf das unheilvolle Treiben in seiner Einfuhrabteilung aufmerksam gemacht worden. Er hat aber nichts dagegen unternommen, denn dieses Schreiben des Betriebsrats ist niemals beantwortet worden. In seiner Sehnsucht, dem freien Handel zu dienen, hat er keinerlei Interesse für die Verfolgung von Hinweisen auf Korruptionsercheinungen gehabt.

Diese Unterlassungsfälle aber genügt vollkommen, um ihn als völlig ungeeignet für die ihm übertragenen Aufgaben erscheinen zu lassen, besonders da er auch jetzt wieder, nach vor dem Abschluß der Untersuchung gegen Fürst, erklärt, daß „Beweise für das Vorliegen einer strafbaren Handlung nicht beigebracht sind. !!“

Sozialismus und freie Initiative

Schaffung des neuen Führertypus

Von Prof. E. Debetter, Heidelberg.

Die Kohlenwirtschaft wird nach dem Vorschlag I der Sozialisierungs-Kommission nicht als Staatsbetrieb, sondern als autonomer Wirtschaftskörper geführt werden. In ihm werden die Interessen der Produzenten und der Verbraucher zum Ausgleich kommen müssen. Man könnte nun einwenden, daß wir eine solche Organisation in dem bereits geltenden Kohlenwirtschafts-Gesetz hätten; auch dieser besitzt im Reichskohlenverband und im Reichskohlenrat Organe, die paritätisch mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern besetzt sind. Die allgemeine Unzufriedenheit der Arbeitnehmer und Verbraucher mit dieser Organisation könnte ein Symptom dafür sein, daß auch solche Wirtschaftskörper keine zweckmäßige Organisation sind.

Es ist allerdings leicht einzusehen, worin der Grund für die Wirkungslosigkeit der heutigen Regelung liegt. Erstens sind in ihr die Konsumenten sehr wenig beteiligt, insbesondere nicht in dem Reichskohlenverband, welchem die Preisfestsetzung obliegt. Weiter hat sich der Gebrauch herausgebildet, daß die Unternehmer gern Lohnerhöhungen bewilligen, wenn die Arbeiter Preissteigerungen zustimmen, welche über die Lohnerhöhungen hinaus höhere Gewinne ermöglichen. Im Plan der Sozialisierungs-Kommission findet zunächst eine Enteignung der Unternehmer statt. Unternehmer im heutigen Sinne gibt es dann nicht mehr. Dadurch ist der Stachel des Profitinteresses und es sind weiter alle diejenigen Momente ausgeschaltet, die eine Differenz zwischen dem privatwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Interesse begründen. Insbesondere wird jede Tendenz zur Einschränkung der Erzeugung, um höhere Profite zu erzielen, dadurch ausgeschaltet, daß sämtliche Arbeitnehmer ein Interesse an möglichst großer Erzeugung haben und außerdem in einer gemeinwirtschaftlichen Organisation eine planmäßige Einschränkung der Produktion unmöglich wäre. Ausschaltung des Privateigentums und Dessenförmlichkeit der Wirtschaftsführung sind daher sehr wirksame Sicherungen zur Durchsetzung des allgemeinen Interesses. Würde man auf die Enteignung verzichten, so müßte man die Unternehmer in die Wirtschaftskörper einbeziehen und würde so wieder zum „paritätischen“ System gelangen, das heute die Arbeitsgemeinschaften und die Wirtschaftskörper der Planwirtschaft beherrscht. In diesem paritätischen System haben wir aber sehr formell eine Mitwirkung der Arbeitnehmer und Konsumenten, denn die Unternehmer stehen ja weiterhin im Zentrum der ganzen Wirtschaft, sie sind die allein Sachverständigen, sie können den Einblick in die intimen Verhältnisse der Industrie verhindern und, wie bereits angedeutet, sie können leicht die Arbeitnehmer in ihren Interessenkreis einbeziehen und geradezu als Kraft in ihr Kalfül einstellen. Erst mit der Enteignung wird die Bahn für die Gemeinwirtschaft frei, und es ist eine gefährliche Illusion, zu meinen, man könne das Eigentum an den Produktionsmitteln als privates weiter belassen, es jedoch seiner Macht, seines Einflusses und seiner gestaltenden Kraft entkleiden.

Wenn nun die wesentlichsten Widerstände gegen eine gemeinwirtschaftliche Führung des Kohlenbergbaues durch die Enteignung hinweggeräumt sind, dann soll gerade angestrebt werden, die Vorteile der privaten Betriebsführung, nämlich die freie Initiative, den Wagemut, die großzügige Ausgestaltung der Produktion in das gemeinwirtschaftliche System überzuleiten. Das ist nur dann möglich, dann aber auch zu erwarten, wenn, unbeschadet der Kompetenzen des Reichskohlenrats, ein Reichskohlen-Direktorium gewählt wird, das, vom Vertrauen des Reichskohlenrats getragen, die Kohlenwirtschaft nach großem Plane führt und soweit volkswirtschaftlich notwendig, neu formt. Gerade diejenigen, welche von der Sozialisierung eine Gefährdung der freien Persönlichkeitsleistung befürchten, werden zugeben müssen, daß eine größere Aufgabe auf volkswirtschaftlichem Gebiete kaum gedacht werden kann, daß diese Aufgabe die höchste Begabung, Verantwortungsfreudigkeit und Laikraft erfordert. Hier wird sich der gemeinwirtschaftliche Führer erproben können, und — es ist notwendig, sich das immer gegenwärtig zu halten — solche gemeinwirtschaftlichen Führer werden gefunden und gefördert werden müssen, damit die Sozialisierung mehr ist als die Schaffung einer neuen Institution, nämlich die Bedienung eines neuen führenden Innens, der unsere Zeit entwickeln muß, so wie sich die kapitalistische Zeit erst den Unternehmer herausbildete, (dessen Charakter sie übrigens im Wandel der Jahrhunderte sich mehrfach mitgewandelt hat). Solche Persönlichkeiten, welche die Anlage zum gemeinwirtschaftlichen Unternehmer haben, gibt es schon heute in vielen Industrien. Sie werden um so häufiger werden, je mehr in der Uebergangsepoche, in der wir leben der Unternehmertypus alten Stils in seinem Bewußtsein bereits erschüttert und kaum mehr rein zu finden ist.

Weitere Einzelheiten des Vorschlages der Sozialisierungs-Kommission seien übergangen und nur noch erwähnt, daß für eine Uebergangszeit gewisse Kautelen für eine möglichst große Sicherung gemeinwirtschaftlicher Gesichtspunkte eingefügt sind, z. B. die Tarifhaftigkeit des Reiches. Diese Kautelen werden verschwinden können, wenn die So-

Landarbeiter Pfeffer verhaftet

Die „Völkische Zeitung“ berichtet: „Nach einer Meldung der Westfälischen Landeszeitung“ aus Friedeberg (Neumark) wurde auf einem Gute im dortigen Bezirk, wo er seit Juni als Elende die Landwirtschaft erlernte, der von der Staatsanwaltschaft seit Monaten verfolgte Hauptmann von Pfeffer, der bekannte Führer des Freikorps Pfeffer, verhaftet.“

Ob die Meldung richtig ist, wissen wir nicht. Aber wir wissen, daß Hauptmann Pfeffer, seit er sich in der Neumark aufhält, keinen Spaten angerührt hat. Pfeffer hat vielmehr im Kreise Kreiswache mehrere Freikorps aufgestellt, sie militärisch formiert und der Orgeß angegliedert. Außerdem war er Verbindungs- und der Orgeß Generals Watter, mit dem er in letzter Zeit mehrere Zusammenkünfte zur Besprechung des strategischen Aufmarsches der Gegenrevolution hatte. Sollte Pfeffer tatsächlich verhaftet worden sein, so dürfte es sich nur um ein Scheinmanöver handeln. Es wird sich in Deutschland kein Gericht finden, das einen Pfeffer verurteilt, zumal jetzt die Bildung von bewaffneten Haufen durch die Note des Außenministers Dr. Simons als ein Akt der Staatsnotwendigkeit bezeichnet worden ist.

Ein wackerer Orgeßmann

Leutnant Klemm klemmt vier Millionen

In der Provinz Sachsen ist die Orgeß durch den Oberpräsidenten Hönning verboten. Sie hat natürlich keinen Augenblick daran gedacht, ihre Arbeit deshalb einzustellen, vielmehr wurden

die Käftungen in den letzten Wochen fieberhaft betrieben. Industrielle, Landwirte, Geschäftsleute spendeten Geld. Riesenbeiträge gingen an der Hauptkassenstelle ein. Deren Leiter, Leutnant Lehmann, konnte das viele Geld nicht auf einem Haufen liegen sehen, er nahm vier Millionen Mark an sich und floh damit nach Holland. Leutnant Lehmann genoh unter den Orgeßleuten in Sachsen großes Ansehen.

Der schweizerische Parteitag

Bern, 10. Dezember.

Auf dem schweizerischen sozialdemokratischen Parteitag wurde die Frage des Beitritts zur dritten Internationalen behandelt. Das einleitende Referat hielt Grimm, der ausführte, daß die Geschäftsleitung auf dem Boden der Diktatur des Proletariats und des Rätesystems stehe, jedoch nicht alle 21 von Moskau gestellten Bedingungen annehmen könne und daher den Beitritt ablehnen müsse. Das französische Referat gegen den Beitritt hielt Paul Graber, während Humbert Drog entschieden für Moskau eintrat. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Der neue Oberkommissar für Danzig. Der Völkerbund ernannte heute den Direktor der Verkehrs- und Transaktion Attolico zum Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig.

Griechenlands Schuld an Frankreich. „Journal“ zufolge schuldet Griechenland Frankreich jetzt 376 Millionen Francs an Rorschüssen in bar oder Schatzscheinen und 440 Millionen Francs für Material- und Natural-Lieferungen usw.

Englisch-irische Friedenssichtungen

Die Zustände in Irland drängen zur Lösung. Wir erleben, daß seit Monaten in Irland ein erbitterter Bürgerkrieg zwischen den regulären englischen Truppen und der viel stärkeren irischen Freiwilligenarmee wütet. Dieser Bürgerkrieg hat bereits nach England übergegriffen; in Liverpool wurden Magazine und Fabriken niedergebrannt, zum Schutze der englischen Regierung wurden in London Barricaden aufgeführt.

Man beachte, daß in Irland tatsächlich längst eine eigene Regierung besteht, die von der irischen Nationalversammlung eingesetzt wurde. Sie zieht die Steuern ein, unterhält eigene Gerichte und Polizeibehörden, kontrolliert die Finanzen der gesamten Provinzialverwaltung, die Hälfte der gesamten Landesverwaltung und fast das gesamte Volksschulwesen. Die irische Bevölkerung befolgt in ihrer Mehrheit die Anweisungen ihrer Regierung.

Der Kampf der Iren gegen England geht heute nicht mehr um Autonomie innerhalb Großbritanniens, sondern um völlige nationale Selbstständigkeit. Die härtesten Gegner dieser Selbstständigkeit sind die Ulsterleute, die eingewanderte irische Adelskaste, die große Teile des irischen Landes in Besitz hat. Als 1912 das sogenannte Home Rule Gesetz, das den Iren die Selbstverwaltung brachte, im englischen Parlament angenommen wurde, trotz des heftigsten Widerpruchs der Ulsterleute, waren diese bereit, die Einführung des Gesetzes in Irland selbst mit Gewalt zu verhindern. Der Krieg unterbrach diese Kämpfe und das Gesetz wurde vorläufig zurückgestellt.

Seit 1916 ist nun der Streit von neuem aufgeflammt und zwar mit einer Heftigkeit, Erbitterung und Ausdauer, wie nie zuvor. Die englische Regierung strebt sich aufs äußerste, unterstützt von den Unionisten, Irland die von ihm verlangte Selbstständigkeit zu verweigern. England, das für die Freiheit und Selbstbestimmung der Nationen in den Krieg gezogen ist, das selbst den Dominions völlige Selbstverwaltung gegeben hat, weigert diese irische Teile der englischen Bevölkerung, besonders die Arbeiterklasse, stehen in heftigster Gegnerschaft zu den brutalen Repressionsmaßnahmen der englischen Truppen in Irland. Wiederholte Friedensvorschläge gemacht worden, die an der Unverwundlichkeit beider Parteien scheiterten. Der irische Führer P. J. P. Kennedy hat vor einigen Tagen an Lloyd George ein Telegramm gerichtet, in dem er die Einleitung von Friedensverhandlungen vorschlug. Auch Henderson, der mit einer Kommission der englischen Arbeiterpartei die Verhältnisse in Irland untersuchte, brachte Friedensunterlagen für die englische Regierung mit. Eine Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus London besagt nun, daß das Kabinett in dem Hendersonschen Bericht keine genügenden Grundlagen zu Verhandlungen gesehen habe, jamaal Greenwood, wie seine scharfen Äußerungen im Parlament beweisen, mit verstärktem Vertrauen in die Wirksamkeit der bisherigen Methoden aus Irland zurückgekehrt sei.

Im Unterhause teilte Lloyd George mit, daß die Regierung bereit sei, den Sinnförmigkeitsmitgliedern des Parlaments ein solches Gesetz zu gewähren, damit sie untereinander die Lage besprechen könnten. Den Mitgliedern, die Verbrechen begangen hätten, dürfe jedoch kein sicheres Geleit gewährt werden. Die Regierung wolle wohl Friedensverhandlungen ermöglichen, die aber nicht mit den Terroristen aufzunehmen. In gewissen Teilen Irlands werde das Kriegrecht verkündet werden und nach einem gewissen Zeitpunkte könnten alle Personen, die in diesem Gebiete mit Waffen angetroffen werden, mit dem Tode bestraft werden. Lloyd George bezeichnete ferner die Anerkennung der unantastbaren Einheit des britischen Reichs als einzig mögliche Grundlage des Friedens.

Diese Äußerungen Lloyd Georges lassen keinen Optimismus zu. Der Terror in Irland wird gestärkt und genährt durch die Abhandlung der britischen Truppen. Dieses Moment auszunutzen, wird wohl kaum zur gewünschten Verständigung beitragen. Die Anerkennung der unantastbaren Einheit des britischen Reichs bedeutet den Verzicht der Iren auf ihre vornehmsten Forderungen. Der Kampf des irischen Volkes um seine Selbstständigkeit, der nichts zu tun hat mit dem sozialistischen Kampfe des internationalen Proletariats, ist trotzdem der Sympathie der gesamten Arbeiterklasse sicher. Er ist ein Kampf gegen den englischen Imperialismus, der dessen niedrigste, brutalste Seite offenbart.

Der andere Friedenspreisträger

Das Nobelpreis-Komitee hat also für das Jahr 1919 den Präsidenten der Vereinigten Staaten Woodrow Wilson und für das Jahr 1920 den Präsidenten des Völkerbundes Léon Bourgeois zum Träger des Friedenspreises ernannt. Nomen est omen! Herr Bourgeois hat sich, was die Friedensfrage anbelangt, bisher nur dadurch ausgezeichnet, daß er zum Präsidenten des Völkerbundes ernannt worden ist. Wenn der Nobelpreis aus den Gewinnen entstanden ist, die sein Begründer vornehmlich aus der Kriegsindustrie gezogen hat, so ist es durchaus zu erwarten, daß er solchen Leuten zugute kommt, die als hervorragende Vertreter der Bourgeoisie den Frieden zwar im Munde führen, mit ihren Taten aber den Krieg fördern. Ueber den Charakter des Völkerbundes herrscht in der Arbeiterklasse kein Zweifel; er ist kein Friedensinstrument, sondern eine Herrschaftsansicht der kapitalistischen Weltmächte. Deshalb bedeutet die Ernennung des Präsidenten des Völkerbundes zum Nobelpreispreisträger keine Vereinerlichung der Bestrebungen, die der Welt der Völker dienen, sondern mehr eine Förderung der kapitalistischen Tendenzen, die die Welt zerlegen und die Völker in der Feindschaft zueinander erhalten.

Folgen des Spaltungsfiebers

Kommunistische Proteststreikbewegung

Die bereits gemeldeten Zwistigkeiten in der schwedischen sozialdemokratischen Partei um den Vizepräsidenten „Brando Lidu“, die das Einverständnis der Behörden zur Folge hatten, sind noch nicht beendet. Die Kommunisten versuchen eine allgemeine Streikbewegung als Protest gegen das Eingreifen der Polizei zu entfesseln. Wie das „Prager Tagblatt“ und die „Wohemia“ berichten, hätten die Vertretermänner der Bergarbeiterpartei in Klado die sofortige Einstellung der Kohlenförderung beschlossen und sich mit den Organisationen der anderen Kohlenbergwerke ins Einvernehmen geeinigt, um den Generalstreik vorzubereiten. Weiter meldet die „Prager Presse“ aus Brünn, daß dort Freitag früh der Streik der Arbeiterpartei als Sympathiestreik mit dem Streik der Arbeiter in Prag und anderen Orten der Tschechoslowakei einsetzte und allmählich seine Ausdehnung angenommen habe, die den öffentlichen Dienst lahm zu legen droht. Die Arbeit ruht in allen Betrieben. Auch die Arbeiter der Steinhütten und des Eisenwerks haben sich dem Zustand angeschlossen. Ein klares Bild über die wirkliche Ausdehnung des Streikbewegungen läßt sich nicht gewinnen. Nach dem Bericht der kommunistischen Pressebureauaus kann der Versuch der Kommunisten, die Forderung des Prager Volksrates an die sozialdemokratische Partei mit Gewalt zurückzuführen zu machen, bereits als gescheitert angesehen werden. In Prag leistete der Aufforderung

zum Generalstreik nur ein unbedeutender Bruchteil der Arbeiterschaft Folge. In den Kohlen- und Zinkbergwerken von Bilsen und Mährisch-Odrau wird normal gearbeitet.

Zusammenstöße in Prag

In Prag kam es zu einigen Zusammenstößen mit demonstrierenden Kommunisten. Eine Anzahl von diesen sammelte sich vor dem Parlamentsgebäude, wo kommunistische Redner zum Generalstreik aufforderten und die Entlassung der Regierung, sowie die Rückgabe des Volkshauses verlangten. Als bereitstehende Polizei antwortend den Zugang zur Versammlung verhindern wollte, wurde sie von Demonstranten mit Knütteln angefallen und mit Steinen beworfen. Als auch zwei Schüsse gegen die Polizei abgefeuert wurden, gab letztere, von der Menge bedrängt, Einzelschuß aus Revolvern ab, worauf die bereitstehende Gendarmerie die Menge endgültig auseinandertrieb. Bei dem Zusammenstoß vor dem Parlament wurden 18 Personen, davon zwei schwer, verletzt. Von der Wache wurden sechs Mann verwundet.

Bergarbeiterstreik in Sachsen

Vor einigen Tagen brach im Zwickau-Delesnitzer Steinkohlenrevier ein Streik der Bergarbeiter aus. Der Bewegung liegen Lohnforderungen zugrunde. Inzwischen hat sich der Streik auch auf das Revier Flörschen Grund ausgedehnt. Das Elektrizitätswerk in Delesnitz, das über 120 Orte des Erzgebirges und

Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der U.S.P.D.

Am Dienstag, den 14. cr., abends 6 1/2 Uhr, berichteten die Genossen Toni Sender und Robert Dilmann im großen Saal der „Neuen Welt“, Hasenheide, über den Londoner Kongress der Amsterdamer gewerkschaftlichen Internationale Mitgliedsbücher sowie Funktionärsausweise der Partei und Gewerkschaften legitimierten. Bezirksverband Berlin-Brandenburg U.S.P.D.

Doglandes mit Strom versorgt, hat die Stromlieferung eingestellt, ebenso die Ueberlandzentrale Oberlungwitz, durch die über 70 Gemeinden Strom erhalten.

Nach Berichten der „Chemnitzer Volksstimme“ haben die Bergarbeiter beschlossen, daß die Bergarbeiter in ganz Sachsen die Arbeit einstellen sollen. Der Bergarbeiterverband hat die Führung des Streiks übernommen. Die notwendigen Sicherheitsarbeiten werden verrichtet. Das Zentralkomitee für den Bezirk Zwickau-Delesnitz befindet sich in Zwickau.

Die einheitliche Beamtenschaft

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde gestern die Beratung des Sperrgesetzes begonnen. Der Berichterstatter Bauer erläuterte die Beschlässe des Untersuchungsausschusses. Genosse Fleg legte namens der Unabhängigen Fraktion die grundsätzliche Stellung unserer Partei zur Regierungsvorlage dar. Sie erklärte, daß auch wir lebhaft wünschen, daß eine einheitliche Regelung der Beamtenschaft in Reich, Land und Gemeinde Platz greife. Wollte man dieses Ziel jedoch durch ein Reichsgesetz erreichen, so sei Vorbedingung, daß zuvor die Beamtenschaft des Reiches in zufriedenstellender Weise geregelt seien, daß wenigstens das Existenzminimum der Reichsbeamten gesichert sei. Daraus seien wir heute weit entfernt. Deshalb dürften den Landes- und Kommunalbeamten ebenso wenig wie den Reichsbeamten die Möglichkeit, höhere Bezüge durchzusetzen, gesichert werden. Abgesehen davon, daß das Gesetz einen starken Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden darstelle, sei auch völlig unberücksichtigt geblieben, daß Beamte der Gemeinden mit gleichem Titel wie Reichsbeamte sehr oft einen ganz anderen Aufgabenkreis haben wie jene und eine gleiche Einstufung deshalb ein bitteres Unrecht gegen diese Gemeindebeamten darstelle. Und schließlich werde zur Durchführung des Sperrgesetzes wiederum ein Beamtenapparat notwendig werden, dessen Kosten bei weitem die evtl. Ersparnisse an Beamtenebziügen übersteigen würden.

Die Rechtssozialisten verhielten sich völlig schweigsam, während unter den bürgerlichen Parteien ein lebhafter Kampf entbrach über das Maß der Zentralisation, das man zulassen könne. Die vorkommenden Anträge wurden, weil von der Regierung bekämpft, tapfer zurückgewiesen.

Der bayerische Regierungsdirektor bekämpfte das Gesetz als in Widerspruch stehend mit der Verfassung. Weiterberatung Sonnabend.

Im Ausschuh für soziale Angelegenheiten wurde durch die Regierung für Dezember ein Gesetzesentwurf für die Angestelltenversicherung in Aussicht gestellt. Von dem Vertreter unserer Fraktion wurde die Verschmelzung von Invaliden- und Angestelltenversicherung aus sozialen und verwaltungsmäßigen Gründen verlangt. Ferner wurde von der Regierung die Hinzuwählung der Spartenorganisation der Angestellten bei der Beratung des Gesetzesentwurfs als Verlangen der U.S.P. angefordert. Ein Gesetzesentwurf, der die erhöhte Anrechnung der während des Krieges jurisdiktorien Dienstzeit wiederum zunächst nur für Beamte regeln sollte, wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen, durch die sozialistischen Vertreter, bei Stimmhaltung des Zentrums, abgelehnt. Von unseren und den übrigen sozialistischen Vertretern wurde mit Entschiedenheit dagegen protestiert, daß bereits wiederholt die Regierung den Versuch gemacht habe, die Regelung der Beamtenschaft vorweg zu nehmen und die Arbeiter und Angestellten mit „wohlwollenden“ Resolutionen auf unbestimmte Zeit zu verdrängen.

Eine Entschädigung, diese Frage für Arbeiter, Angestellte und Beamte gleichzeitig und in gleicher Weise zu regeln, wurde mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Gegen das Streikverbot des Postministers

Vom Zentralverband der Angestellten wurde uns geschrieben: „Durch den Antrag des Reichspostministers gegen die Beamten werden auch die Volkshilfskräfte mit fruchtloser Entschlossenheit bedroht, falls sie sich der Bewegung der Beamten anschließen. Gegen diese Bedrohung der Angestellten, die sich im freien Arbeitsverhältnis befinden, erheben wir namens der bei uns Organisierten einen entschiedenen Einspruch. Namentlich in der Praxis der Hilfsorganisationen zeigt sich immer mehr die Notwendigkeit, daß soziale Arbeitervorkämpfer nicht als Vertretung im bürokratischen Sinne anzusehen sind. Damit entfällt aber auch in solchem Verhältnis der wichtige Grund für eine fruchtlose Entlassung. Für die im freien Arbeitsverhältnis stehenden Angestellten des Reiches kann und darf eine

andere Rechtsauffassung nicht bestehen, mithin bedeutet das Vorgehen des Reichspostministers gegen die Volkshilfskräfte eine mit dem Recht in Widerspruch stehende Maßnahme.

Uebrigens ist dieser Ausfall des Reichspostministers hinsichtlich keineswegs gerichtsferlig. Von einem Anschlag der Postangestellten an die Beamtenschaft ist keine Rede, auch einzelne Vorgänge solcher Art sind uns bisher von keinem Ort mitgeteilt worden. Die Reichskonferenz der Postangestellten, die unter Verband für den 3. d. M. in Magdeburg einberufen hatte, ist vielmehr nach eingehender Beratung unter Befragung ihrer Sympathie für die Beamtenschaft einstimmig zu dem Beschluß gekommen, sich ihrer Bewegung gegenüber völlig neutral zu verhalten. Die Angestellten werden daher alles unterlassen, was die Beamtenschaft irgendwie ungünstig beeinflussen würde; sie werden aber auch von einer positiven Unterstützung absehen. Angesichts dieses einstimmigen Beschlusses der Postangestellten darf nicht das Vorgehen des Reichspostministers als eine sehr übertriebene Maßnahme, die nicht im geringsten geordnet ist, die Erregung in den beteiligten Kreisen zu beschwichtigen.“

Herr Giesberts hat sich also blamiert. Er sollte sich über die Vorgänge in seinem Reich in Zukunft informieren, bevor er handelt. Auch Beschlüsse von gewerkschaftlichen Organisationen sind Erscheinungen, die die Beachtung des Herrn Ministers verdienen.

Das Grundsteuergesetz

Der Verfassungsausschuß der preussischen Landesversammlung besprach sich am Donnerstag über die durch den Auszug der Rechtssozialisten aus der Sitzung des Hauptausschusses geschaffene Lage. Von den Demokraten und vom Zentrum wurde darauf verwiesen, daß man sich innerhalb der Mehrheit schlüssig geworden sei, die Grundsteuer vorläufig noch nicht zu beraten. Man will aber die Entscheidung der Sitzung des Staatsministeriums überlassen. Falls das Kabinett an der sofortigen Beratung der Grundsteuer festhält, soll dieser Gegenstand auf die Tagesordnung der Sonnabendtagung gesetzt werden.

Wenn das Grundsteuergesetz vor den preussischen Landtagswahlen noch angenommen werden sollte, so wird das eine gute Wahlparole geben. Die Bürgerlichen sind, wie schon gesagt, Befürworter des Gesetzes. Ihre Opposition ist nur ein Scheinmanöver, sie möchten vor den Wahlen nicht die Belastung auf sich nehmen, an der Verdoppelung der Mieten mitgewirkt zu haben. Nach den Wahlen werden sie bereit sein, nicht nur zwei, sondern drei oder vier Milliarden zu bewilligen. Es geht ja nicht auf ihre Kosten. Die Grundsteuer müssen letzten Endes ja doch die unbemittelten Mieter tragen.

Die Typhusepidemie in Sowjetrußland, laut Moskauer „Iswestia“ sind in der russischen Sowjetrepublik, einschließlich der Ukraine und Sibiriens, vom Januar bis November dieses Jahres fast 4 Millionen Personen an Typhus, 1 1/2 Millionen an Rückfalltyphus und 4 Millionen an Unterleibstypus erkrankt. Die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. Die Beforschungen mit den beteiligten Arbeiterorganisationen der verschiedenen Richtungen wegen der Gründung der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. haben zu einem günstigen Ergebnis geführt. Die Gründung der Akademie ist für Herbst 1921 zu erwarten.

Groß-Berlin

Im Kinderland

So benennt sich ein Artikel in Nr. 555 des „Berliner Lokal-Anzeigers“, in dem die Advenisierer im Kinderkrankenhaus in der Reinickendorfer Straße geschildert wird. Nach Stimmungswort, das man sagen kann. Beim Lesen des Artikels glaubt man sich unwillkürlich in ein Vorbildnis versetzt, und es ist wirklich angenehm, daß sich der eine oder andere Kurbestastmann des Stückes demnachst zeigt und wir demnachst das Vergnügen haben werden, Lotte Reumann als „holde Kinderärztin“, Bruno Kofner als „jungen Arzt“ und Rosa Baletti als „milde Frau Oberin“, zu bewundern. — Jeden Tag ist nicht Advenisierer und wer die Verhältnisse im Kinderkrankenhaus kennt, der kann nicht umhin, angesichts so vieler Stimmungsworte den Scheiter vor den Augen zu sehen. — Da sieht es wesentlich anders aus. Eine Pflegerin hat circa 20 Kinder zu betreuen, und noch gar nicht lange ist es her, daß eine Pflegerin des Nachts eine ganze Station mit circa 40 Kindern zu versehen hatte. Wenn die Pflegerinnen auch opferfreudig ihre Pflicht tun (wissen sie doch am besten, wie armen Proletariatskindern zumute ist, da sie selber Töchter armer Leute sind), so sind sie ganz einfach nicht imstande, das zu schaffen. Glaubte aber eine Pflegerin, sich deswegen eine Neuherung erlauben zu dürfen, so wird sie auf die Station der „guten Frau Oberin“ versetzt und diese sorgt schon dafür, daß das Kinderkrankenhaus von solchen Elementen gesäubert wird. Tatsächlich sind in letzter Zeit eine Reihe von Pflegerinnen wegen „Arbeitsmangel“ entlassen und dem Elend der Erwerbslosen preisgegeben worden, während die Kranken Proletariatskinder unter dem Mangel an Pflegerinnen zu leiden haben. Dafür sind Geheimratskinder tätig, die in selbener Schwesterntracht und mit Spigen, feinscharf manikürten Fingern die „schmutzigen Arbeiterkinder“ verzärteln. Es ist wirklich an der Zeit, daß die Überwachungsstelle der Erwerbslosenfürsorge hier das Amt des Altmagistrats übernimmt, damit die Rollen endlich richtig verteilt werden. Bemerkenswert ist noch, daß in aller Stille von dem Betriebsrat eine Weihnachtsbescherung für die waiselnden Kinder vorbereitet wurde. Die Pflegerinnen ließen es sich nicht nehmen, je zwanzig Mark ihres lauer verdienten Lohnes zu stiften, die „gute Frau Oberin“ und ihre Stab begnügten sich mit fünf Mark oder gar nichts. Da hats ja keinen Zweck, das kommt ja doch nicht in die Öffentlichkeit!

Auf der Suche nach Schleichhändlern

Die Staatsanwaltschaft des Wuchergerichts beim Landgericht hat gestern das Hotel Kaiserhof durch Beamte heimlich durchsuchen lassen; es wurden 6—7 Zentner im Schleichhandel erworbenes Mehl beschlagnahmt. Mehl gibts in allen diesen Hotels reichlich. Die Gäste, die hier verkehren, fragen auch nicht nach den Kosten, sie bezahlen jeden Preis und die Gesellschaft des Hotels macht gute Geschäfte.

Die Hoteliers erheben ein großes Geschrei gegen dieses Vorgehen, das sie ruinieren. Allzuhart werden sie aber nicht angefaßt, denn schon wird gemeldet, daß die Verfügung gegen die Konbitore Kransler vom Polizeipräsidenten wieder aufgehoben worden ist.

Die starken Mächte, die hinter diesen Interessentengruppen stehen, werden ausreichen, der Staatsanwaltschaft „das Handwerk zu legen“, anstatt umgekehrt diese den Schleichhändlern.

„Berliner Straßenbahn“

Wie bereits berichtet, sind die Große Berliner Straßenbahn, die S-Bahn, die Berliner Straßenbahn und die Berliner Elektrischen Straßenbahn miteinander verschmolzen. Wie weiter mitgeteilt wird, was

den auch die Köpenicker Straßenbahn und die Bahn Tegel-Heiligensee in die zu schaffende gemeinsame Verwaltung übernommen. Andere Bahnen folgen. Auch der Kreis Teltow will seine Straßenbahn der neuen Stadtgemeinde Berlin übergeben. Hindernis ist hier noch der Umstand, daß ein Teil der Teltower Bahnen nicht auf Berliner Gebiet liegt. Nach dem Gesetz müssen die Magistrate der Bezirke, die bisher selbständige Straßenbahnen besaßen, erst ihre Zustimmung zur Übertragung ihrer Rechte auf die neue Stadtgemeinde Berlin geben. Ist das geschehen, so wird das gesamte Straßenbahnwesen des neuen Groß-Berlin unter eine Verwaltung gestellt werden. Das neue Riesenunternehmen, dem in der Welt nicht leicht etwas Ähnliches an die Seite gestellt werden kann, wird nach einem Beschluß der Verkehrsdeputation einfach heißen: „Berliner Straßenbahn“. Die „Große“ Berliner wird also abgelöst von der früheren „Berliner“, die es sich eben wegen ihrer Größe leisten kann, auf jedes lösende Eigenschaftswort zu verzichten.

Kommunale Betriebsräte Groß-Berlins

Am Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, findet in Alkems Festsaal, Berlin S. 59, Hasenheide 13, eine Vollversammlung der Betriebsräte statt. Kollege Detmer wird über die Betriebsräte im Zusammenhang mit der jetzigen Stadtverwaltung referieren. Dann soll Stellung zu den Ernährungsschwierigkeiten der großstädtischen Bevölkerung genommen werden. Endlich soll die Neuorganisation des Wohnungswezens zur Verhandlung kommen. Ohne Ausweis als Betriebsrat eines städtischen Betriebes oder einer Verwaltungsstelle Groß-Berlins kein Zutritt.

Militärpapiere für versicherungspflichtige Kriegsteilnehmer. Vor einiger Zeit sind die der Angestelltenversicherung unterliegenden Kriegsteilnehmer bereits darauf hingewiesen worden, daß sie um ihre Ansprüche nicht zu verlieren, sich in den Besitz ausreichender Militärpapiere setzen müssen. Nach dem jetzigen Stand des Heeresabwicklungswesens dürfen Pässe nicht mehr ausgestellt werden. Vom Reichsabwicklungskommissar ist indessen an die Abwicklungsbürokratie eine Verfügung dahin ergangen, Antragstellern eine kurze Bescheinigung auszustellen, enthaltend Name, Datum und Ort der Geburt, Dienstzeit mit Angabe, ob Feldzugsteilnehmer, evtl. wie lange, und den letzten Truppenteil. Eine derartige Bescheinigung würde von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte als ausreichend angesehen werden. Es wird daher den Angestellten empfohlen, sich solche Bescheinigungen zu verschaffen. Ihr Anhalt kann in die von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ausgegebenen Anträge auf Überzeugung eines Kontostanzbuches eingetragen und beglaubigt werden. Die Beglaubigung kann entweder durch die Postkarte oder durch die Reichsversicherungsanstalt und die Ortsausweise der Vertrauensmänner für Berlin W. 8, Taubensfr. 33 II, Sprechstunden: Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend von 10 bis 12 Uhr; Dienstag, Freitag von 4 bis 6 Uhr) erfolgen.

Die Weihnachtsbäume, die jetzt auf großen Plätzen zum Verkauf gestellt werden, stammen hauptsächlich aus Schleswig-Holstein oder aus dem Hannoverschen. Die hohen Transportkosten verteuern die Bäume außerordentlich. Die Preise sind je nach Größe und Wuchs verschieden. Es wird darauf ankommen, wie stark die Zufuhr an Bäumen nach Berlin sein wird. Im Vorjahr war die Nachfrage nach Weihnachtsbäumen sehr schwach und wir kennen Leute, die am Heiligabend Bäume für einen geringen Preis nach Hause brachten. Heute gehört viel mehr dazu, einen Baum auszuwählen wie früher. Und deshalb ist auch die Zeit vorüber, wo in fast jeder Profetierwohnung ein Baum brannte. Das Einkommen reicht heute nicht zum Leben und so wird mancher Vater und manche Mutter auf den Weihnachtsbaum für die Kinder verzichten müssen, sie werden froh sein, die Kinder satt machen zu können.

Neuer Ueberfall durch eine Berliner Verbrecherbande. Ein schwerer Raubüberfall wurde gestern abend von einer vierköpfigen Bande, ohne Zweifel Berliner Verbrecher, in dem Dorfe Senzig bei Königsmusterhausen verübt. Am Ausgang des Dorfes hat

der 40 Jahre alte Edgewerksbeger Stoeber einen Dampftrieb und auch seine Wohnung. Diese teilte er mit einer Wirtschaftlerin, einem Dienstmädchen und einem jungen Schreiber, der ihm die schriftlichen Arbeiten besorgte. Gestern sahen diese vier Personen gegen 7 Uhr beim Abendrot, als plötzlich die Tür aufgerissen wurde und vier unbekante Männer von 25 bis 28 Jahren eindrangten. Die Bande gab ohne weiteres sechs Schüsse aus mehreren Pistolen auf die am gemeinsamen Tische Sitzenden ab und traf Stoeber so schwer, daß er tot zusammenbrach. Auch die Wirtschaftlerin erlitt einen schweren Brustschuß, ist aber noch am Leben. Das Dienstmädchen und der Schreiber, die nicht getroffen wurden, erlitten die Flucht. Die Verbrecher fürchteten nun wohl, daß die Liegenden tödlich schlagen und sie selbst überfallen werden würden. Deshalb entflohen auch sie, ohne wesentliche Beute. Nur eine Kasse, die im ersten Stock stand, hatten sie in der Eile geöffnet und nichts darin gefunden.

Öffentliche gemeinverständliche Vorträge der Treptow-Sternwarte. Sonntag, den 12. Dezember, nachmittags 8 Uhr: „Bewohnbarkeit der Welten“ (Vortrag mit Lichtbildern), 8 Uhr: „Vom Monte Rosa zur afrikanischen Küste“ (Filme), 7 Uhr: „Polarjagden“ (Seelewen, Renniere und Elche) (Filme). Dienstag, den 14. Dezember, abends 7 Uhr: „Die Sternbilder und praktische Anleitung zu ihrer Auffindung“ (Vortrag mit Lichtbildern von Dir. Dr. Archenhold). Sonnabend, den 18. Dezember, nachmittags 5 Uhr: „Weihnachtsmärchen“ (Filme). Mit dem großen Fernrohr wird bei klarem Wetter von 2-4 Uhr die Sonne oder Venus, von 4-10 Uhr, Mond, Doppelsterne, Ringenebel oder Firkterne beobachtet. Führungen durch das astronomische Museum finden täglich von 2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends statt.

Arbeiter-Jugendheim „Norden“ veranstaltet am Dienstag, den 14. Dezember, 8 Uhr, in der Schulaula Grünhäger Str. 5, einen „Heiteren Abend“ mit reichhaltigem Programm.

Der **Republikanische Führer-Bund** teilt uns mit, daß für die Weihnachtsfeier der noch in den Lazaretten liegenden Schwerkranken folgende Beiträge bis jetzt eingegangen sind: 3000 M. Ungenannt; 1082,50 M. Arbeitnehmer des Berliner Lokal-Anzeiger; 1000 M. von Nuben zur Weihnachtsfeier, L. S. Meyer; 6 m. h. h. 535,50 M. Betriebsrat des Reichsaufbau; 483 M. Personal der Reichsstelle für Seifeffekt, Abt. Einfuhr; 425 M. Karl Lindström; 414,50 M. Arbeitnehmer des Berliner Lokal-Anzeiger (Schwarz); 269 M. Stadthauptkasse Berlin; 225 M. Herrn Baum; 218 M. Buchdruckerei Schade; 185 M. Angestellte der Ortskrankenkasse der Mechaniker; 182,50 M. Berliner Handwerkskammer; 161 M. Frau Selzer; 157 M. R. Am-Jesp. der Stadt Gaswerke; 138 M. Bloßfeld u. Müller; 135 M. Zentrale für Einigung der Sozialdemokratie Neutölln; 127,50 M. Große Berliner Straßenbahn, Bahnm. 12; 117,60 M. Cohn 62; 100 M. Marie Hille (Krisenanleihe), Personal der Fa. Schwanita, Stroker u. Co., Kurati; 72,50 M. Kohlenstelle Tiergarten; 68 M. Alexander, Neutölln; 61 M. Postamt 42; 60 M. Personal der Fa. Puhlsing; 54 M. Moritz u. Nummer; 57,50 M. M. Roal, Eichwade; 78 M. Personal der Fa. G. A. Schilling; 51 M. Ciupalski, Neutölln; 50 M. Ungenannt, Commerz- und Privat-Bank, Finanzbureau Magistrat Berlin; 34 M. Heizer des Reichsaufbau; 32 M. Hauptstiftungskasse Magistrat Berlin; 31 M. A. Schallhausener Bankverein; 27 M. Strehle, Spandau; 20 M. Eugen Steuer, Rubner, Walter Rothchild, Wilm Roccoe, Salomon u. Oppenheim, Roth-Weimar, Levy-Grünwald, Robe-Widershof; 18 M. Koch und Fortbildungsschulen Magistrat Berlin; 10 M. H. Herrfurth, Tenert, Grinda-Karshorst; 7,50 M. Martha Romat; 5 M. Hillebrecht-Hannover; 3 M. Schwägermann-Hörbe, Boas; 2 M. Dr. Schwärz-Rubisch. Zusammen 11 055,50 M. Die Not der Kriegsgeldbedürftigen ist groß! Wer sich weiter an diesem Liebeswerk beteiligen will, sende Geschenke und Geldspenden an die Geschäftsstelle des R. F. B., Berlin NW 6, Luisenstr. 31h.

Die **Romische Oper** bereitet als Weihnachts-Novität die Uraufführung eines neuen Werkes von August Reibhardt vor, „Rufst von Leo Meyer.“

Konrad Hausmann und **Elisabeth Blochmann** machen am Mittwoch, den 15. d. M., 8 Uhr, einen heiteren Abend in der Berliner Seefest, Kurfürstendamm 232.

Vorauswärtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag. Großenteils trübe und etwas neblig, bei frischen nordwestlichen Winden und mäßigem Frost. Keine erheblichen Niederschläge.

Gewerkschaftliches

Außerordentliche Generalversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter

In der am 10. Dezember in den Prachtstufen Alt-Berlin festgefundenen Generalversammlung berichtete Bolenske, daß die zweite Instanz des Schlichtungsausschusses nunmehr beauftragt sei. Der Magistrat Berlin hat dem Antrag des Verbandes auf Bezahlung des Resolutionsgedenkentages und auf zugehende Auszahlung der Familien- und Kinderzulagen zugestimmt. Dem in der Tarifbewegung am 3. November gefällten Schiedspruch ist von einem Teil der Arbeitnehmerorganisationen zugestimmt, während der andere Teil denselben abgelehnt hat. Der Magistrat hat dem Schiedspruch zugestimmt. Die von der Organisation erneut eingeleitete Tarifbewegung hat zu dem Ergebnis geführt, daß am 17. Dezember ein Schiedsgericht im Reichsarbeitsministerium die Entscheidung zu fällen hat.

Soffmann berichtet über den Vorschlag der Ortsverwaltung bezüglich Beitragserhöhung, über die am 11., 12. und 13. Dezember Urabstimmung stattfindet. Es werden folgende Beiträge vorgeschlagen: in der 1. Beitragsklasse 3,50 M., in der 2. 3 M., in der 3. 2,50 M., in der 4. 1 M., und für pensionierte Mitglieder 50 Pfg. pro Woche. Die statistische Arbeitslosenunterstützung soll erhöht werden; nach vierjähriger Mitgliedschaft 20 M., nach einjähriger Mitgliedschaft 30 M. pro Woche für die vier der gemeindlichen Arbeitslosenunterstützung, für diejenigen die keine Arbeitslosenunterstützung beziehen 30 bzw. 60 M. Außerdem soll den arbeitslosen Kollegen zu Weihnachten eine Extranzustellung von 30 bzw. 60 M., den bedürftigen pensionierten Mitgliedern 30 M. gezahlt werden. Der Vorschlag der weiteren Ortsverwaltung wird angenommen.

Ein Antrag, den Magistrat zu ersuchen, einen Betrag von 1000 M. auf die Neuregelung anzurechnen, noch vor der Tarifabstimmung, ferner ein Antrag, die Ortsverwaltung Krankenunterstützung für die Kollegen, welche in Krankheitsfällen keinen Lohn beziehen, sind in Aussicht zu bringen, werden in überstürzter Mehrheit angenommen.

Als Verbandsangestellte wurden gewählt: Max S. Scham, letzterer als Betriebsratssekretär. Ferner wurden beschlossene, der Bibliothekskommission 5000 M. für den Ankauf von Büchern und Schriften zu überweisen.

Aus den Organisationen

4. Mittw. 13. Ubr. Alle Arbeiterlosen der Abteilung werden am heute 7 Uhr im Saal von Veltzer, Curstr. 11, beim Genossen Dept. Mitgliederversammlung.
13. Mittw. Im Montag abend 7 Uhr Zusammenritt der Bildungsvereine bei Vorf. Rosenhaner Str. 9.
14. Mittw. Frauenarbeit und Kinderbeschäftigung. Montag 7 1/2 Uhr. Saal, GutsMuthsstr. 34.
Eberlinenberg. Mittwoch 7 Uhr Mitgliederversammlung im Volkshaus, Kollnsee 4.

Bereinskalender

Verband der Bäcker und Bäckereiarbeiter, Gruppe Handelsbezirk, Mittwoch, den 15. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, Gruppenversammlung im Sophienpark, Sophienstr. 17/18. Tagesordnung: Bericht über den Stand der Ortsbewegung.
Feuilleter Arbeiter-Verband, Im Dienstag, den 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Gemeindefest (Rezeption) Versammlung der Damenkommission, Der Verbands-...
Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kappel, Berlin, Antonstr. 10. Verantwortlich für den Inhalt: Ludwig Klemm, Berlin, Kollnsee 4. Druck: G. M. H. Berlin, Kollnsee 4.

Politische Schriften
zu beziehen:

- Arthur Crispian:** H. S. P. D. trotz alledem. Werke, gehalten auf dem Parteitag der U. S. P. D. in Halle a. S. Preis 1 Mark
- Wih. Dittmann:** Revolutionäre Taktik. Werke, gehalten auf dem Parteitag der U. S. P. D. in Halle a. S. Preis 1 Mark
- And. Silberding:** Revolutionäre Politik oder Machtmittel. Werke, gehalten auf dem Parteitag der U. S. P. D. in Halle a. S. Preis 1 Mark
- E. Martow:** Das Problem der Internationale u. d. russische Revolution. Werke, gehalten auf dem Parteitag der U. S. P. D. in Halle a. S. (mit einem besonderen Vorwort). Preis 1 Mark

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin E 2, Breite Straße 8-9

Anzüge, Mäntel
Paletots, Culaways, Hosens, Alaska- und Kreuzfloren, Muffen (Keine Lederwaren) Verkauf zu enorm billigen Preisen.
Leihhaus Friedrichstr. Nr. 2

Nicht in 6-8 Wochen
sondern in 3-5 Tagen werden sämtliche Mäntel und Zivilanzüge ge'arbt. Trauerröcken binnen 24 Stunden.
Schneiderei chemische Waschanstalt
Moab 5242 **NORD-WEST**, Hansa 1078 (Gatz Gebäuder)
Fabrik und Expeditions-Alt-Moabit 60, 2. Geschl.: Gatzkowskystr. 13, - 3. U. ch. 1: Kochhausstr. 17a - 4. Geschl.: Wilmersdorfer, Ullendorfer 74 - 5. Geschl.: Charlottenburg, Suarezstr. 14 - 6. Geschl.: Sörbystr. Mühlent. 40

Freie Welt
USPD
Heft 47
Prunksaal aus dem Krimi
Der Völkerbund in Genf
Zu Beethovens 150. Geburtstag
Preis des Heftes 60 Pfennig

Schokoladen
Konfituren, Kekse, Pflaumenkuchen, Pflaumenmus, Zwieback
L. Jacobowitz, SW 68
Schillingstr. 70
offeriert und versendet zu billigsten Preisen

Briefmarken, Münzen
kauft Grossmann, Johannesstr. 4 Norden 10621.

Botenfrauen
steht sofort ein Spedition Werner, Greifswalderstr. 29

Kleine Anzeigen

Verkäufe
Belgaranturen! Kleider, Hüte, Stoffe, etc.
Verkauf
500 moderne Herren- und Damenkleider, Hüte, etc.
Kaufgesuche
Suche nach...
Werkzeuge u. Maschinen
Kaufe jeden...
Möbel
Schlafzimmer, etc.

Besuchen Sie unsere Weihnachts-Bücher-Ausstellung
Breite Straße 8-9. / Den ganzen Tag geöffnet. / Verkauf bis 7 Uhr abends.